



REMA[®]
S U R G E R Y

Allgemeine Einkaufsbedingungen (AEB)

**General Terms & Conditions of Purchase
(GTC)**

Stand/Valid: April 2021, DE/ENG



Allgemeine Einkaufsbedingungen für Lieferungen und Leistungen (AEB) der REMA Medizintechnik GmbH- nachfolgend als „Verkäufer“ bezeichnet -

§ 1 Geltungsbereich

1. Die Allgemeinen Einkaufsbedingungen des Bestellers gelten für sämtliche - auch zukünftige - Lieferungen und/oder Leistungen des Lieferanten an den Besteller. Leistungen im Sinne dieser Bedingungen sind auch Werk- und Dienstleistungen aller Art.
2. Die Einkaufsbedingungen des Bestellers gelten ausschließlich; entgegenstehende oder von diesen Einkaufsbedingungen abweichende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Lieferanten werden vom Besteller nicht anerkannt, es sei denn, der Besteller hätte solche Bedingungen im Einzelfall ausdrücklich schriftlich anerkannt.
3. Die Einkaufsbedingungen des Bestellers gelten als durch den Lieferanten in ihrer Gesamtheit akzeptiert, wenn der Lieferant eine Bestellung annimmt oder mit der Erbringung von Lieferungen oder Leistungen beginnt. Die Einkaufsbedingungen des Bestellers gelten auch dann, wenn der Besteller in Kenntnis entgegenstehender oder von seinen Einkaufsbedingungen abweichender Bedingungen des Lieferanten die Lieferung oder die Leistung des Lieferanten vorbehaltlos annimmt.

§ 2 Abschluss des Vertrages

1. Auf einen Vertragsabschluss gerichtete Erklärungen, wie z.B. Bestellungen, Angebote oder Auftragsbestätigungen, sowie Vertragsänderungen und nachträgliche Vereinbarungen über Zusatzleistungen bedürfen der Schriftform. Für die Einhaltung der Schriftform ist die elektronische Kommunikation ausreichend.
2. Auftragsbestätigungen haben voll inhaltlich übereinstimmend mit der Bestellung und unter Angabe der Bestellnummer sowie des Bestelldatums zu erfolgen, sofern keine andere Vereinbarung getroffen wurde.
3. Nimmt der Lieferant die Bestellung nicht innerhalb der in der Bestellung genannten Frist, spätestens jedoch innerhalb von zwei Wochen seit Zugang an, so ist der Besteller nicht länger an seine Bestellung gebunden.

§ 3 Preise, Zahlungsbedingungen

1. Die vereinbarten Preise sind Festpreise. Preisgleitklauseln oder Preisvorbehalte bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der ausdrücklichen schriftlichen Bestätigung durch den Besteller.
2. Der Preis schließt die Lieferung „frei Haus“ zum in der Bestellung genannten Erfüllungsort ein, einschließlich Verpackung, Transportversicherung sowie sonstiger Liefernebenkosten.
3. Nur nach ausdrücklicher Vereinbarung werden vom Besteller die Verpackungs-, Fracht- und sonstigen Liefernebenkosten, wie z.B. Transportversicherung, übernommen. In diesem Fall ist vom Lieferanten stets der preisgünstigste Frachtweg zu wählen; der Besteller behält sich diesbezüglich vor, den Spediteur auszuwählen.

Verpackungsmaterial kann vom Besteller kostenlos zurückgegeben werden.

4. Im Falle der Erbringung von Leistungen im Sinne von § 1 Absatz 1 dieser Allgemeinen Einkaufsbedingungen sind mit der vereinbarten Vergütung alle vom Lieferanten für die Erbringung der Leistung getätigten Aufwendungen (z.B. Reisekosten) abgegolten.
5. Rechnungen sind ordnungsgemäß, prüffähig und den jeweils geltenden steuerrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erstellen. Insbesondere müssen in Rechnungen die korrekte Firmierung, die Steuernummer oder Umsatzsteueridentifikationsnummer des Lieferanten sowie die in der Bestellung ausgewiesene Bestellnummer enthalten sein. Die Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen. Rechnungen sind unverzüglich nach Lieferung gesondert beim Besteller einzureichen, also nicht der Sendung beizufügen.
6. Soweit die Rechnung nicht diesen Anforderungen genügt, ist der Besteller zur Zahlung nicht verpflichtet. Leistet der Besteller gleichwohl Zahlung, ist der Lieferant für einen dem Besteller entstandenen etwaigen Schaden, bedingt durch die fehlerhafte Rechnung, verantwortlich.
7. Die Bezahlung von Rechnungen erfolgt durch den Besteller, sofern nicht etwas anderes vereinbart ist, innerhalb von 14 Tagen abzüglich 2 v.H. Skonto oder binnen 30 Tagen ohne Abzug mit Zahlungsmitteln nach Wahl des Bestellers.
8. Für die Berechnung der Zahlungs- und Skontofristen ist der Tag des Eingangs der Rechnung maßgebend; geht der Liefergegenstand später als die Rechnung ein, so ist zur Fristberechnung der Eingangstag des Liefergegenstandes, jedoch frühestens der im Rahmen der Bestellung vereinbarte Liefertag, maßgebend.
9. Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte stehen dem Besteller in gesetzlichem Umfang zu. Der Besteller ist insbesondere berechtigt, Zahlungen ganz oder teilweise zurückzuhalten, solange und soweit von ihm Gewährleistungsansprüche geltend gemacht werden.

§ 4 Gegenstand und Termin der Lieferung und/oder Leistung

1. Für Inhalt, Art und Umfang der Lieferung oder der Leistung ist allein die Bestellung maßgeblich. Erfolgt die Lieferung aufgrund von Lieferabrufen werden Inhalt, Art und Umfang der Lieferung durch den Lieferabruf in Verbindung mit einem Rahmenvertrag bzw. Mengenkontrakt festgelegt.
2. Die in der Bestellung angegebenen oder anderweitig schriftlich vereinbarten Liefer- oder Leistungstermine sind verbindlich.
3. Der Lieferant ist verpflichtet, den Besteller unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn Umstände eintreten oder dem Lieferanten erkennbar werden, aus denen sich ergibt, dass die bedungene Liefer- oder Leistungszeit nicht eingehalten werden kann.
4. Teillieferungen oder Teilleistungen sowie Lieferungen oder Leistungen vor dem vereinbarten Termin bedürfen der vorherigen Zustimmung des Bestellers. Über die Bestellung hinausgehende Mehrlieferungen kann der Besteller ohne vorherige Anzeige auf Kosten des Lieferanten unter Ermäßigung der Rechnung zurückschicken.

5. Wird die vereinbarte Liefer- und Leistungszeit nicht eingehalten, stehen dem Besteller die gesetzlichen Ansprüche zu. Insbesondere ist der Besteller berechtigt, nach fruchtlosem Ablauf einer angemessenen Frist Schadensersatz, statt der Leistung und Rücktritt zu verlangen. Verlangt der Besteller Schadensersatz, steht dem Lieferanten das Recht zu, nachzuweisen, dass er die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Zur Abwendung weiteren Verzugschadens kann der Besteller die Lieferung der Vertragsprodukte per Luftfracht auf Kosten des Lieferanten verlangen, sofern Kosten und prognostizierter Schaden in angemessenem Verhältnis stehen.

6. Gerät der Lieferant schuldhaft in Verzug, ist der Besteller berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,3 % des vereinbarten Nettopreises pro Arbeitstag zu fordern. Insgesamt beträgt die Vertragsstrafe jedoch höchstens 5 % des vereinbarten Nettopreises. Der Besteller kann die Vertragsstrafe neben der Erfüllung und als Mindestbetrag eines vom Lieferanten nach den gesetzlichen Vorschriften geschuldeten Schadensersatzes

verlangen. Nimmt der Besteller die verspätete Lieferung oder Leistung an, so kann der Besteller die Vertragsstrafe nur verlangen, wenn er einen entsprechenden Vorbehalt spätestens innerhalb von 10 Arbeitstagen ab Entgegennahme der verspäteten Lieferung oder Leistung gegenüber dem Lieferanten erklärt hat.

7. Jeder Lieferung ist ein Lieferschein beizufügen. Versandanzeigen sind nach Wunsch des Bestellers in einfacher Ausfertigung sofort bei Abgang einer jeden Sendung dem Besteller zuzuleiten. Der Lieferant ist verpflichtet, auf allen Lieferscheinen und Versandpapieren die in der Bestellung ausgewiesene Bestellnummer, das Bestelldatum, die Liefermenge, das Gewicht (brutto) und die Artikel-Nummer des Bestellers anzugeben. Falls vereinbart, sind der Sendung Packstückinhaltslisten beizufügen. Kommt der Lieferant diesen Verpflichtungen nicht nach, hat der Besteller für Verzögerungen in der Bearbeitung nicht einzustehen.

§ 5 Abnahme

1. Sofern aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung oder nach dem Gesetz eine Abnahme der Lieferung oder Leistung erforderlich ist, kann der Lieferant die Abnahme der vollständigen Leistung erst verlangen, wenn er die Abnahmereife der Leistung nachgewiesen hat.

2. Teilabnahmen sind ausgeschlossen, sofern dies nicht ausdrücklich vereinbart wurde. Prüfungen von Zwischenergebnissen sowie Teilzahlungen sind keine Teilabnahmen.

§ 6 Mängeluntersuchung, Mängelhaftung

1. Der Lieferant hat für seine Lieferungen und Leistungen die anerkannten Regeln der Technik, die einschlägigen gesetzlichen Regelungen und behördlichen Vorschriften, insbesondere Sicherheitsvorschriften, und die vereinbarten Spezifikationen einzuhalten. Die Spezifikationen können insbesondere in Textform und elektronischen Dateien oder durch Muster und Zeichnungen bestimmt sein. Änderungen des Liefer- oder Leistungsgegenstandes bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Zustimmung des Bestellers in schriftlicher Form.

2. Sofern der Besteller zu einer Wareneingangskontrolle verpflichtet ist, findet diese durch den Besteller nur im Hinblick auf offensichtliche Mängel und Transportschäden der Ware statt. Eine Identitätsprüfung wird nur aufgrund der beigelegten Transportpapiere durchgeführt. Im Rahmen der Wareneingangskontrolle oder erst später festgestellte Mängel sind unverzüglich nach Feststellung anzuzeigen. Im Übrigen wird § 377 HGB ausgeschlossen.

3. Die gesetzlichen Mängelansprüche stehen dem Besteller ungekürzt zu; in jedem Fall ist der Besteller berechtigt, vom Lieferanten nach Wahl des Bestellers Mängelbeseitigung oder Lieferung einer neuen Sache bzw. die Herstellung eines neuen Werks zu verlangen. Das Recht auf Schadensersatz, insbesondere das auf Schadensersatz statt der Leistung bleibt ausdrücklich vorbehalten.

4. Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt 2 Jahre, gerechnet ab Ablieferung bzw. Abnahme durch den Besteller. Für im Rahmen der Gewährleistung gelieferte Ersatzware bzw. für ein im Rahmen der Gewährleistung neu hergestelltes Werk sowie für nachgebesserte Liefergegenstände oder Leistungen beginnt die Verjährungsfrist hinsichtlich desselben Mangels sowie hinsichtlich der Folgen mangelhafter Nachbesserung mit der Ablieferung bzw. der Abnahme neu zu laufen. Der Besteller behält sich etwaige weitergehende gesetzliche Gewährleistungsansprüche vor.

5. Ist der Besteller verpflichtet, von ihm hergestellte und/oder verkaufte Waren infolge der Mangelhaftigkeit des vom Lieferanten gelieferten Vertragsprodukts bzw. der vom Lieferanten erbrachten Leistung zurückzunehmen

oder wird deswegen dem Besteller gegenüber dem Kaufpreis gemindert oder wird der Besteller in sonstiger Weise deswegen in Anspruch genommen, behält sich der Besteller den Rückgriff gegenüber dem Lieferanten vor, wobei es für seine Mängelrechte einer sonst erforderlichen Fristsetzung nicht bedarf.

§ 7 Produkthaftung, Freistellung, Haftpflichtversicherungsschutz

1. Wird der Besteller von Dritten wegen eines Produktschadens in Anspruch genommen, ist der Lieferant verpflichtet, den Besteller auf erstes Anfordern freizustellen, sofern den Lieferanten im Außenverhältnis eine gesetzliche Haftung für diesen Schaden trifft.

2. Im Rahmen seiner Haftung für Schadensfälle im Sinne des vorhergehenden Absatzes ist der Lieferant auch verpflichtet, etwaige Aufwendungen gemäß §§ 683, 670 BGB sowie gemäß §§ 830, 840, 426 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer vom Besteller oder dessen Abnehmern durchgeführten Rückrufaktion ergeben. Über Inhalt und Umfang der durchzuführenden Rückrufmaßnahmen wird der Besteller den Lieferanten - soweit möglich und zumutbar - unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Unberührt bleiben sonstige gesetzliche Ansprüche.

3. Der Lieferant verpflichtet sich, eine Haftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden zu unterhalten. Sofern die Parteien keine abweichende Regelung getroffen haben, müssen die Deckungssummen pro Schadensfall für Personen- und Sachschäden

10 Mio. EUR und für Vermögensschäden 250.000,- EUR betragen. Im Falle der Herstellung und/oder Lieferung von Waren oder der Erbringung von werkvertraglichen Leistungen hat der Lieferant zusätzlich das erweiterte Produktrisiko (insbesondere Sortierkosten, Ein- und Ausbaukosten und sonstige Folgeschäden aufgrund eines Mangels des Produktes) mit einer Deckungssumme von mind. 10 Mio. EUR pro Schadensfall abzusichern.

Der Versicherungsschutz muss bis zum Ablauf der Verjährungsfrist für etwaige Mängelansprüche bestehen und ist dem Auftraggeber auf Wunsch nachzuweisen. Stehen dem Auftraggeber weitergehende Schadensersatzansprüche zu, so bleiben diese unberührt.

§ 8 Schutzrechte

1. Der Lieferant steht dafür ein, dass sämtliche Lieferungen und/oder Leistungen frei von Schutzrechten Dritter sind und insbesondere durch die Lieferung oder Benutzung der Liefergegenstände und Leistungen Patente, Gebrauchsmuster, Urheberrechte und sonstige Schutzrechte Dritter nicht verletzt werden.

2. Im Falle der Verletzung von Schutzrechten Dritter wird der Lieferant nach Wahl des Bestellers auf seine Kosten den Liefergegenstand oder die Leistung derart abändern oder austauschen, dass keine Rechte Dritter mehr verletzt werden, der Liefergegenstand oder die Leistung aber weiterhin die vertraglich vereinbarte Beschaffenheit aufweist, oder dem Besteller durch Abschluss eines Lizenzvertrages das Nutzungsrecht verschaffen. Gelingt ihm dies innerhalb einer vom Besteller gesetzten Frist nicht, ist der Besteller berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten oder Minderung des Preises und – soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen – Schadensersatz zu verlangen.

3. Der Lieferant stellt den Besteller und dessen Kunden von jeglichen Ansprüchen Dritter aus etwaigen Schutzrechtsverletzungen auf erstes Anfordern frei und trägt sämtliche Kosten und Aufwendungen, die dem Besteller aus oder im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten entstehen.

4. Der Lieferant und der Besteller werden sich unverzüglich von bekanntwerdenden Verletzungsrisiken und angeblichen Verletzungsfällen unterrichten.

5. Die Verjährungsfrist beträgt zehn Jahre, gerechnet ab Vertragsschluss.

6. Soweit der Besteller dem Lieferanten nachweislich für die Herstellung der Liefergegenstände oder die Erbringung der Leistungen ausschließliche Vorgaben macht, finden die Regelungen von § 8 Absatz 1, 2, 3 und 5 keine Anwendung.

§ 9 Rechte an Arbeitsergebnissen

1. Sofern die Parteien keine abweichende Regelung getroffen haben, erhält der Besteller an allen Abbildungen, Zeichnungen, Dokumentationen, Entwürfen, Programmen, Ausarbeitungen und sonstigen Werken, die der Lieferant für den Besteller im Rahmen der Durchführung des Auftrages entwickelt und/oder fertigt (nachfolgend „Arbeitsergebnisse“ genannt), ein ausschließliches, unwiderrufliches, zeitlich, räumlich und inhaltlich uneingeschränktes, übertragbares Nutzungsrecht für sämtliche Nutzungsarten.

2. Werden im Rahmen der Auftragsdurchführung bereits vorhandene gewerbliche Schutzrechte, Urheberrechte oder ungeschützte Kenntnisse (Know-how) des Lieferanten verwendet und sind diese zur Verwertung der Arbeitsergebnisse durch den Besteller notwendig, erhält der Besteller an den gewerblichen Schutzrechten, den Urheberrechten sowie an den ungeschützten Kenntnissen (Know-how) ein nicht ausschließliches, unwiderrufliches, übertragbares sowie zeitlich und räumlich uneingeschränktes Nutzungsrecht in dem Umfang ein, der zur vertragsgemäßen Verwertung der Arbeitsergebnisse erforderlich ist.

§ 10 Eigentumsvorbehalt des Bestellers, Beistellung, Fertigungsmittel

1. Sofern der Besteller Teile beim Lieferanten bestellt, behält der Besteller sich hieran das Eigentum vor. Verarbeitung oder Umbildung durch den Lieferanten wird für den Besteller vorgenommen. Wird Vorbehaltsware des Bestellers mit anderen, dem Besteller nicht gehörenden Gegenständen verarbeitet, so erwirbt der Besteller das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes seiner Sache (Einkaufspreis zzgl. MwSt.) zu den anderen verarbeiteten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung.

2. Wird die vom Besteller beigestellte Sache mit anderen, dem Besteller nicht gehörenden Gegenständen untrennbar vermischt, so erwirbt der Besteller das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Vorbehalts Sache (Einkaufspreis zzgl. MwSt.) zu den anderen vermischten Gegenständen zum Zeitpunkt der Vermischung. Erfolgt die Vermischung in der Weise, dass die Sache des Lieferanten als Hauptsache anzusehen ist, so gilt als vereinbart, dass der Lieferant dem Besteller anteilmäßig Miteigentum überträgt; der Lieferant verwahrt das Alleineigentum oder Miteigentum für den Besteller.

3. An Fertigungsmitteln wie Modellen, Mustern, Werkzeugen, Lehren, Zeichnungen, Abbildungen, Berechnungen usw., die dem Lieferanten vom Besteller gestellt oder nach Angaben des Bestellers vom Lieferanten gefertigt wurden, behält der Besteller sich das Eigentum vor.

4. Der Lieferant ist verpflichtet, solche Fertigungsmittel ausschließlich für die Herstellung der vom Besteller bestellten Liefergegenstände einzusetzen, es sei denn, der Besteller hätte sich schriftlich ausdrücklich mit einer anderweitigen Verwendung einverstanden erklärt. Etwa erforderliche Wartungs- und Inspektionsarbeiten sowie alle Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an den Fertigungsmitteln des Bestellers wird der Lieferant auf eigene Kosten rechtzeitig durchführen. Etwaige Störfälle hat er dem Besteller sofort anzuzeigen. Der Lieferant hat mit der ihm größtmöglichen Sorgfalt die Fertigungsmittel des Bestellers zu verwahren und vor Diebstahl, Verlust und sonstigen Schäden zu sichern. Sollten die Fertigungsmittel des Bestellers abhandenkommen oder beschädigt werden, hat der Lieferant den entstandenen Schaden zu ersetzen, sofern er nicht nachweist, dass der Schaden auch bei Einhaltung der ihm gebotenen größtmöglichen Sorgfalt eingetreten wäre.

5. Der Lieferant ist verpflichtet, die dem Besteller gehörenden Fertigungsmittel zum Neuwert auf eigene Kosten gegen Feuer-, Wasser- und Diebstahlsschäden zu versichern. Gleichzeitig tritt der Lieferant schon jetzt alle Entschädigungsansprüche aus dieser Versicherung an den Besteller ab; der Besteller nimmt die Abtretung hiermit an.

6. Nach Auftrags erledigung hat der Lieferant auf Anforderung des Bestellers die Fertigungsmittel auf seine Kosten an den Besteller zurückzugeben. Bis zu diesem Zeitpunkt hat sie der Lieferant sorgfältig und auf seine Kosten zu verwahren.

§ 11 Abtretung

1. Ohne die ausdrückliche vorherige schriftliche Zustimmung des Bestellers darf der Lieferant seine vertraglichen Ansprüche weder ganz noch teilweise an Dritte abtreten. Für Vorausabtretungen im Rahmen eines verlängerten Eigentumsvorbehalts von Vorlieferanten des Lieferanten gilt die Zustimmung als erteilt.

2. Auch im Falle einer Abtretung mit Zustimmung des Bestellers behält sich der Besteller eine Aufrechnung mit nach Anzeige der Abtretung erworbenen Gegenforderungen vor.

§ 12 Beauftragung von Vorlieferanten und Unterauftragnehmern

1. Die Beauftragung von Vorlieferanten oder Unterauftragnehmern durch den Lieferanten darf nur mit schriftlicher Zustimmung des Bestellers erfolgen. Auf Nachfrage hat der Lieferant dem Besteller über seine Vorlieferanten oder Unterauftragnehmer Auskunft zu geben.

2. Selbst wenn der Besteller dem Lieferanten die Zustimmung zur Beauftragung von Vorlieferanten oder Unterauftragnehmern erteilt, hat sich der Lieferant ein Verschulden seiner Vorlieferanten oder Unterauftragnehmer in jedem Fall zurechnen zu lassen.

§ 13 Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht, Pfändung

1. Der Lieferant ist nicht berechtigt, mit behaupteten Forderungen ohne die ausdrückliche Zustimmung des Bestellers aufzurechnen, es sei denn, die Forderung ist unbestritten oder rechtskräftig festgestellt.

2. Zurückbehaltungsrechte des Lieferanten sind ausgeschlossen, soweit sie nicht auf demselben Vertragsverhältnis beruhen. Im Übrigen kann der Lieferant Zurückbehaltungsrechte nur geltend machen, soweit sie unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

3. Werden Ansprüche des Lieferanten gegen den Besteller von Gläubigern des Lieferanten gepfändet, so ist der Lieferant verpflichtet, dem Besteller den hieraus entstehenden Aufwand zu ersetzen.

§ 14 Geheimhaltung

1. Der Lieferant verpflichtet sich, alle Informationen, die ihm seitens des Bestellers, wie z.B. im Zusammenhang mit Angebotsanfragen, oder im Rahmen einer bestehenden Geschäftsbeziehung zur Kenntnis gebracht oder ihm anderweitig bekannt werden, streng vertraulich zu behandeln und nicht ohne schriftliche Einverständniserklärung des Bestellers Dritten zugänglich zu machen sowie solche Informationen

nicht selbst in Benutzung zu nehmen oder diese anderweitig zu verwerten. Der Begriff „Informationen“ umfasst dabei unter anderem die Tatsache einer Angebotsanfrage sowie deren Inhalt als auch alle technischen Informationen und Zeichnungen, insbesondere 3-D-Modelle sowie CAD-Zeichnungen.

2. Sämtliche dem Lieferanten zur Verfügung gestellten Informationen, Unterlagen und Know-how bleiben im ausschließlichen Eigentum des Bestellers. Das Recht zur Anmeldung von gewerblichen Schutzrechten auf die in den Informationen enthaltene schutzfähige Substanz steht allein dem Besteller zu.

3. Die Geheimhaltungsverpflichtung gilt nicht für solche Informationen, die zum Zeitpunkt der Offenbarung zum jedermann zugänglichen Stand der Technik oder nachweislich zum hauseigenen Stand der Technik des Lieferanten gehören.

4. Der Lieferant ist in vollem Umfang verantwortlich für die Einhaltung der Geheimhaltungsverpflichtung durch alle seine Mitarbeiter, die Zugang zu den betreffenden Informationen haben. Diese Verantwortung obliegt dem Lieferanten auch hinsichtlich Dritter, an die er aufgrund einer schriftlichen Einverständniserklärung des Bestellers erhaltene Informationen weitergibt.

5. Die Geheimhaltungsverpflichtung gilt auch nach Beendigung der geschäftlichen Kontakte mit dem Lieferanten; sie erlischt, wenn und soweit der Besteller die Informationen selbst veröffentlicht.

6. Der Lieferant darf auf seine Geschäftsverbindung mit dem Besteller gegenüber Dritten nur hinweisen, wenn der Besteller sich damit schriftlich einverstanden erklärt hat.

§ 15 Datenschutz

1. Die für die Geschäftsabwicklung notwendigen Daten werden vom Besteller unter Beachtung der einschlägigen Gesetze elektronisch verarbeitet.

2. Der Besteller behält sich vor, im Rahmen der §§ 28 ff BDSG Auskünfte bei Wirtschaftsauskunfteien einzuholen und Daten des Lieferanten ohne subjektive Werturteile an Auskunfteien zu übermitteln (z.B. Kommunikations- und Rechnungsdaten, Vertragserfüllungs- oder Leistungsstörungsdaten etc.). Damit die Auskunfteien Informationen zur Kreditwürdigkeit von Lieferanten geben können, werden die Daten dort gespeichert und nur nach vorheriger Prüfung und Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses ausschließlich an angeschlossene Unternehmen weitergegeben.

§ 16 Erfüllungsort, Gerichtsstand, anzuwendendes Recht

1. Erfüllungsort für alle Verpflichtungen und Rechte aus dem Vertragsverhältnis ist, soweit sich aus der Bestellung nichts anderes ergibt, der Geschäftssitz des Bestellers.

2. Der Gerichtsstand für alle aus dem Vertragsverhältnis sowie über sein Entstehen und seine Wirksamkeit entstehenden Rechtsstreitigkeiten wird - wenn der Lieferant Kaufmann ist - durch den Geschäftssitz des Bestellers bestimmt; der Besteller ist jedoch berechtigt, den Lieferanten auch an dem für den Sitz des Lieferanten zuständigen Gericht zu verklagen. Dies gilt auch für Wechsel- und Scheckklagen.

3. Für alle Rechtsbeziehungen zwischen dem Besteller und dem Lieferanten gilt ausschließlich deutsches Recht. Die Bestimmungen des Wiener UN-Übereinkommens vom 11. April 1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf (UN-Kaufrecht) werden ausgeschlossen.

General Terms and Conditions of Purchase for Deliveries and Services (GTCP) of the REMA Medizintechnik GmbH – hereinafter referred to as "Seller".

§ 1 Scope of application

1. The General Terms and Conditions of Purchase of the Purchaser shall apply to all - including future - deliveries and/or services of the Supplier to the Purchaser. Services within the meaning of these Terms and Conditions shall also include work and services of any kind.

2. The Purchaser's Terms and Conditions of Purchase shall apply exclusively; any General Terms and Conditions of Business of the Supplier that are in conflict with or deviate from these Terms and Conditions of Purchase shall not be recognised by the Purchaser unless the Purchaser has expressly recognised such Terms and Conditions in writing in an individual case.

3. The Purchaser's Terms and Conditions of Purchase shall be deemed to be accepted by the Supplier in their entirety when the Supplier accepts an order or commences the provision of deliveries or services. The Purchaser's Terms and Conditions of Purchase shall also apply if the Purchaser accepts the Supplier's delivery or service without reservation in the knowledge that the Supplier's Terms and Conditions of Purchase conflict with or deviate from the Purchaser's Terms and Conditions of Purchase.

§ 2 Conclusion of the contract

1. Declarations aimed at concluding a contract, such as orders, offers or order confirmations, as well as amendments to the contract and subsequent agreements on additional services, must be made in writing. Electronic communication shall be sufficient for compliance with the written form requirement.

2. Order confirmations shall be fully consistent with the order in terms of content and shall state the order number as well as the order date, unless otherwise agreed.

3. If the Supplier does not accept the order within the period stated in the order, but at the latest within two weeks of receipt, the Purchaser shall no longer be bound by their order.

§ 3 Prices, terms of payment

1. The agreed prices are fixed prices. Price escalation clauses or price reservations require the express written confirmation of the Purchaser in order to be valid.

2. The price includes delivery "free domicile" to the place of performance stated in the order, including packaging, transport insurance and other ancillary delivery costs.

3. The Purchaser shall only bear the packaging, freight and other ancillary delivery costs, e.g. transport insurance, if this has been

expressly agreed. In this case, the Supplier shall always choose the cheapest freight route; regarding this, the Purchaser reserves the right to choose the carrier. Packaging material can be returned by the Purchaser free of charge.

4. In the event of the provision of services within the meaning of § 1 paragraph 1 of these General Terms and Conditions of Purchase, all expenses (e.g. travel expenses) incurred by the Supplier for the provision of the service shall be compensated with the agreed remuneration.

5. Invoices shall be drawn up properly, verifiably and in accordance with the applicable tax law requirements. In particular, invoices must contain the correct company name, the tax number or VAT identification number of the Supplier and the order number stated in the order. The value added tax must be shown separately. Invoices shall be submitted separately to the Purchaser immediately after delivery, i.e. not enclosed with the consignment.

6. If the invoice does not meet these requirements, the Purchaser shall not be obliged to make payment. If the Purchaser nevertheless makes payment, the Supplier shall be responsible for any harm incurred by the Purchaser due to the incorrect invoice.

7. Unless otherwise agreed, invoices shall be paid by the Purchaser within 14 days less 2% discount or within 30 days without deduction by any means of payment chosen by the Purchaser.

8. The date of receipt of the invoice shall be decisive for the calculation of the payment and discount periods; if the delivery item is received later than the invoice, the date of receipt of the delivery item shall be decisive for the calculation of the period, but no earlier than the delivery date agreed in the order.

9. The Purchaser shall be entitled to set-off and retention rights to the extent provided by law. In particular, the Purchaser shall be entitled to withhold payments in whole or in part as long as and to the extent that warranty claims are asserted by them.

§ 4 Subject matter and date of delivery and/or performance

1. The order alone shall be decisive for the content, type and scope of the delivery or service. If the delivery is made on the basis of delivery schedules, the content, type and scope of the delivery shall be determined by the delivery schedule in conjunction with a framework agreement or quantity contract.

2. The delivery or service dates stated in the order or otherwise agreed in writing are binding.

The Supplier is obliged to inform the Purchaser in writing without delay if circumstances occur or become apparent to the Supplier which indicate that the stipulated delivery or performance time cannot be met.

4. Partial deliveries or partial services as well as deliveries or services before the agreed date require the prior consent of the Purchaser. Excess deliveries over and above the order may be returned by the Purchaser without prior notice at the Supplier's expense with a reduction of the invoice.

5. If the agreed delivery and performance time is not complied with, the Purchaser shall be entitled to the statutory claims. In particular, the Purchaser shall be entitled to claim damages, instead of performance and rescission after the fruitless expiry of a reasonable period. If the Purchaser claims damages, the Supplier shall be entitled to prove that they are not responsible for the breach of duty. In order to avert further damage caused by delay, the Purchaser may demand delivery of the contractual products by air freight at the Supplier's expense, provided that the costs and the foreseeable damage are in reasonable proportion.

6. If the Supplier culpably defaults, the Purchaser shall be entitled to claim a contractual penalty of 0.3% of the agreed net price per working day. In total, however, the contractual penalty shall not exceed 5% of the agreed net price. The Purchaser may claim the contractual penalty in addition to performance and as a minimum amount of any damages owed by the Supplier under the statutory provisions.

If the Purchaser accepts the delayed delivery or service, the Purchaser may only claim the contractual penalty if they have declared a corresponding reservation to the Supplier within ten working days of acceptance of the delayed delivery or service at the latest.

7. Each delivery shall be accompanied by a delivery note. At the request of the Purchaser, a single copy shall be sent to the Purchaser immediately upon dispatch of each consignment. The Supplier is obliged to state on all delivery notes and shipping documents the order number stated in the order, the order date, the delivery quantity, the weight (gross) and the article number of the Purchaser. If agreed, package contents lists shall be enclosed with the consignment. If the Supplier does not comply with these obligations, the Purchaser shall not be liable for delays in processing.

§ 5 Acceptance

1. Insofar as acceptance of the delivery or service is required on the basis of a contractual agreement or according to the law, the Supplier may only demand acceptance of the complete service once they have proven that the service is ready for acceptance.

2. Partial acceptances are excluded unless this has been expressly agreed. Inspections of interim results and partial payments do not constitute partial acceptances.

§ 6 Inspection for defects, liability for defects

1. The Supplier shall comply with the recognised rules of technology, the relevant statutory regulations and official regulations, in particular safety regulations, and the agreed specifications for its deliveries and services. The specifications may be determined in particular in text form and electronic files or by samples and drawings. Changes to the object of delivery or service require the prior express consent of the Purchaser in writing.

2. If the Purchaser is obliged to carry out an incoming goods inspection, this shall only be carried out by the Purchaser with regard to obvious defects and transport damage to the goods. An identity check shall only be carried out on the basis of the enclosed transport

documents. Defects discovered within the scope of the incoming goods inspection or only later must be reported immediately after discovery. In all other respects § 377 HGB is excluded.

3. The Purchaser shall be entitled to the statutory claims for defects in full; in any case, the Purchaser shall be entitled to demand from the Supplier, at the Purchaser's option, remedy of the defect or delivery of a new item or production of a new work. The right to claim damages, in particular damages in lieu of performance, is expressly reserved.

4. The limitation period for claims for defects is two years, calculated from delivery or acceptance by the Purchaser. For replacement goods delivered under warranty or for a work newly produced under warranty as well as for repaired delivery items or services, the limitation period with regard to the same defect as well as with regard to the consequences of defective repair shall start anew upon delivery or acceptance. The Purchaser reserves the right to assert any further statutory warranty claims.

5. If the Purchaser is obliged to take back goods manufactured and/or sold by them as a result of the defectiveness of the contractual product delivered by the Supplier or of the service provided by the Supplier or if the purchase price is reduced for the Purchaser, or if claims are made against the Purchaser in any other way, the Purchaser reserves the right to recourse against the Supplier, whereby no otherwise required deadline is required for the Supplier's warranty rights.

§ 7 Product liability, indemnification, liability insurance coverage

1. If a claim is made against the Purchaser by a third party due to product damage, the Supplier shall be obliged to indemnify the Purchaser upon first request, insofar as the Supplier is legally liable for this damage in the external relationship.

2. Within the scope of its liability for cases of damage within the meaning of the preceding paragraph, the Supplier shall also be obliged to reimburse any expenses pursuant to §§ 683, 670 BGB (German Civil Code) as well as pursuant to §§ 830, 840, 426 BGB (German Civil Code) which arise from or in connection with a recall action carried out by the Purchaser or their customers. The Purchaser shall inform the Supplier of the content and scope of the recall measures to be carried out – to the extent possible and reasonable – and give the Supplier the opportunity to comment. Other statutory claims shall remain unaffected.

3. The Supplier undertakes to maintain liability insurance for personal injury, property damage and financial loss. Unless the parties have agreed otherwise, the sums insured per claim must amount to EUR 10 million for personal injury and property damage and EUR 250,000 for financial loss. In the event of the manufacture and/or delivery of goods or the provision of services under a contract for work and services, the Supplier must additionally insure the extended product risk (in particular sorting costs, installation and removal costs and other consequential damage due to a defect in the product) with a sum insured of at least EUR 10 million per case of damage.

The insurance coverage must exist until the expiry of the limitation

period for any claims for defects and proof of this must be provided to the Purchaser on request. If the Purchaser is entitled to further claims for damages, these shall remain unaffected.

§ 8 Industrial property rights

1. The Supplier warrants that all deliveries and/or services are free from third party industrial property rights and, in particular, that patents, utility models, copyrights and other industrial property rights of third parties are not infringed by the delivery or use of the delivery items and services.

2. In the event of an infringement of third party industrial property rights, the Supplier shall, at the Purchaser's option and at the Purchaser's expense, modify or replace the delivery item or the service in such a way that no third party rights are infringed any more, but the delivery item or the service continues to have the contractually agreed quality, or procure the right of use for the Purchaser by concluding a licence agreement. If the Supplier does not succeed in doing so within a period set by the Purchaser, the Purchaser shall be entitled to withdraw from the contract or to demand a reduction of the price and – insofar as the statutory requirements are met – damages.

3. The Supplier shall indemnify the Purchaser and their customers against any claims of third parties arising from possible infringements of property rights upon first request and shall bear all costs and expenses incurred by the Purchaser from or in connection with the claim by a third party.

4. The Supplier and the Purchaser shall inform each other without delay of any infringement risks and alleged infringement cases that become known.

5. The limitation period is ten years, calculated from the conclusion of the contract.

6. Insofar as the Purchaser demonstrably provides the Supplier with exclusive specifications for the manufacture of the delivery items or the performance of the services, the provisions of § 8 paragraphs 1, 2, 3 and 5 shall not apply.

§ 9 Rights to work results

1. Unless the parties have agreed otherwise, the Purchaser shall receive an exclusive, irrevocable, transferable right of use for all types of use, unrestricted in terms of time, space and content, to all illustrations, drawings, documentation, drafts, programmes, elaborations and other works which the Supplier develops and/or manufactures for the Purchaser within the framework of the performance of the order (hereinafter referred to as "work results").

2. If already existing industrial property rights, copyrights or unprotected knowledge (know-how) of the Supplier are used within the scope of the execution of the order and if these are necessary for the exploitation of the work results by the Purchaser, the Purchaser shall be granted a non-exclusive, irrevocable, transferable right of use to the industrial property rights, the copyrights as well as to the unprotected knowledge (know-how), unrestricted in time and space, to the extent necessary for the exploitation of the work results in accordance with the contract.

§ 10 Retention of title of the Purchaser, provision, means of production

1. If the Purchaser provides parts to the Supplier, the Purchaser shall retain title thereto. Processing or transformation by the Supplier shall be carried out for the Purchaser. If goods to which the Purchaser retains title are processed with other items not belonging to the Purchaser, the Purchaser shall acquire co-ownership of the new item in the ratio of the value of its item (purchase price plus VAT) to the other processed items at the time of processing.

2. If the item provided by the Purchaser is inseparably mixed with other items not belonging to the Purchaser, the Purchaser shall acquire co-ownership of the new item in the ratio of the value of the item subject to retention of title (purchase price plus VAT) to the other mixed items at the time of mixing. If the mixing takes place in such a way that the Supplier's item is to be regarded as the main item, it shall be deemed agreed that the Supplier transfers co-ownership to the Purchaser on a pro rata basis; the Supplier shall hold the sole ownership or co-ownership in safe custody for the Purchaser.

3. The Purchaser retains ownership of production equipment such as models, samples, tools, gauges, drawings, illustrations, calculations, etc. provided to the Supplier by the Purchaser or manufactured by the Supplier according to the Purchaser's specifications.

4. The Supplier is obliged to use such means of production exclusively for the manufacture of the delivery items ordered by the Purchaser, unless the Purchaser has expressly agreed in writing to their use for other purposes. The Supplier shall carry out any necessary maintenance and inspection work as well as all servicing and repair work on the Purchaser's Means of Production in good time and at its own expense. The Supplier shall notify the Purchaser immediately of any malfunctions. The Supplier shall take the greatest possible care to store the Purchaser's production resources and to protect them against theft, loss and other damage. Should the Purchaser's means of production be lost or damaged, the Supplier shall compensate for the damage incurred, unless the Supplier can prove that the damage would have occurred even if they had taken the greatest possible care.

5. The Supplier is obliged to insure the production equipment belonging to the Purchaser at replacement value against fire, water and theft damage at their own expense. At the same time, the Supplier hereby assigns to the Purchaser all claims for compensation arising from this insurance; the Purchaser hereby accepts the assignment.

6. After completion of the order, the Supplier shall return the means of production to the Purchaser at the Purchaser's request and at the Supplier's expense. Until this time, the Supplier shall store them carefully and at its own expense.

§ 11 Assignment

1. The Supplier may not assign its contractual claims in whole or in part to third parties without the express prior written consent of the Purchaser. For advance assignments within the scope of an extended retention of title by the Supplier's upstream Suppliers, the consent shall be deemed to have been granted.

2. Even in the event of an assignment with the consent of the Purchaser, the Purchaser reserves the right to offset counterclaims acquired after notification of the assignment.

§ 12 The commissioning of sub-suppliers or subcontractors

1. The commissioning of sub-suppliers or subcontractors by the Supplier may only take place with the written consent of the Purchaser. Upon request, the Supplier shall provide the Purchaser with information about its sub-suppliers or subcontractors.

2. Even if the Purchaser gives the Supplier consent to the commissioning of sub-suppliers or sub-contractors, the Supplier shall in any case be held responsible for any fault on the part of their sub-suppliers or sub-contractors.

§ 13 Set-off, right of retention, attachment

1. The Supplier shall not be entitled to set off any alleged claims without the express consent of the Purchaser, unless the claim is undisputed or has been finally determined by a court of law.

2. The Supplier's rights of retention are excluded unless they are based on the same contractual relationship. Apart from that, the Supplier can only assert rights of retention insofar as they are undisputed or have been legally established.

3. If claims of the Supplier against the Purchaser are attached by creditors of the Supplier, the Supplier shall be obliged to reimburse the Purchaser for the expenses incurred as a result.

§ 14 Secrecy

1. The Supplier undertakes to treat all information brought to their attention by the Purchaser, e.g. in connection with requests for quotations or in the context of an existing business relationship, or otherwise made known to them, as strictly confidential and not to make it accessible to third parties without the Purchaser's written declaration of consent, and not to use such information themselves or to exploit it in any other way. The term "information" includes among other things, the fact of a request for quotation and its content as well as all technical information and drawings, in particular 3-D models and CAD drawings.

2. All information, documents and know-how made available to the Supplier shall remain the exclusive property of the Purchaser. The right to apply for industrial property rights to the protectable substance contained in the information shall be vested solely in the Purchaser.

3. The obligation to maintain secrecy shall not apply to such information which, at the time of disclosure, belongs to the state of the art accessible to everyone or demonstrably belongs to the Supplier's in-house state of the art.

4. The Supplier shall be fully responsible for compliance with the confidentiality obligation by all its employees who have access to the information concerned. This responsibility is also incumbent on the Supplier with regard to third parties to whom they pass on information received on the basis of a written declaration of consent by the Purchaser.

5. The obligation to maintain secrecy shall also apply after termination of the business contacts with the Supplier; it shall expire if and to the extent that the Purchaser publishes the information itself.

6. The Supplier may only refer to its business relationship with the Purchaser vis-à-vis third parties if the Purchaser has agreed to this in writing.

§ 15 Data protection

1. The data necessary for the business transaction shall be processed electronically by the Purchaser in compliance with the relevant laws.

2. The Purchaser reserves the right to obtain information from credit agencies within the scope of §§ 28 ff BDSG and to transmit data of the Supplier to credit agencies without subjective value judgements (e.g. communication and invoice data, contract fulfilment or performance failure data etc.). In order for the credit agencies to be able to provide information on the creditworthiness of Suppliers, the data will be stored there and only passed on to affiliated companies after prior verification and substantiation of a justified interest.

§ 16 Place of performance, place of jurisdiction, applicable law

1. The place of performance for all obligations and rights arising from the contractual relationship is, unless otherwise stated in the order, the registered office of the Purchaser.

2. The place of jurisdiction for all legal disputes arising from the contractual relationship as well as concerning its origin and effectiveness shall – if the Supplier is a merchant – be determined by the registered office of the Purchaser; the Purchaser shall, however, also be entitled to sue the Supplier at the court having jurisdiction for the Supplier's place of business. This shall also apply to actions on bills of exchange and cheques.

3. All legal relations between the Purchaser and the Supplier shall be governed exclusively by German law. The provisions of the Vienna UN Convention of April 11, 1980 on Contracts for the International Sale of Goods (UN Sales Convention) are excluded.



REMA
Medizintechnik GmbH
Unter Hasslen 14
D-78532 Tuttlingen
Germany
+49 (0)7462 923 930
www.REMA-SURGERY.de

